

Editorial

Sommer, Sonne, Sommerpause!

In diesem Sinne verabschieden wir uns in die Sommerferien. Nach der letzten Ratssitzung des ersten Halbjahres am 12. Juni kehrt nun bis Anfang August im Osnabrücker Stadtrat ein wenig Ruhe ein.

Wir wünschen allen Genoss*innen und Interessierten schöne und entspannte Sommermonate und freuen uns mit euch das 2. Halbjahr kommunalpolitisch zu erleben. Unsere nächste Fraktionssitzung findet am 13. August statt—kommt doch mal vorbei!

Sommerlich solidarische Grüße,

Giesela, Heidi, Anke und Lars

Termine

13. August 2018

Erste Fraktionssitzung nach der Sommerpause

27. August 2018

Fraktionssitzung

28. August 2018

Erste Ratssitzung nach der Sommerpause

Wann und wo die nächsten Ausschusssitzungen stattfinden, lässt sich am einfachsten über das [Ratsinformationssystem](#) herausfinden.

Rückblick Juni-Sitzung

Unsere Fraktion stellte in der letzten Ratssitzung am 12. Juni einen [Antrag](#) zur "Bekämpfung von **Langzeitarbeitslosigkeit** durch eine langfristig orientierte Strategie". Die zunehmende Anzahl von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit im Jobcenter Osnabrück—in den letzten 10 Jahren gab es hier einen Anstieg um 10 % - zeigt den Handlungsbedarf.



Giesela Brandes-Steggewentz dazu: "Wir brauchen eine langfristig orientierte Strategie, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen." Dieser Ansatz erfordert den Aufbau von Vertrauen, durch einen vorsichtigen Umgang mit Sanktionen, die gemeinsame Entwicklung (Berater*in und Erwerbslose/r) eines Konzeptes für die einzelne Person, bei dem Stärken, Vorlieben, Schwächen in Bezug auf die berufliche Weiterentwicklung in den Blick genommen werden. Dabei ist die persönliche Situation zu berücksichtigen. Maßnahmen für eine Anschlussqualifikation oder eine neue Ausbildung sind dafür bereit zu halten und vorhandene Programme zu nutzen. Vermittlung in Erwerbsarbeit muss sozialversicherungspflichtig und unbefristet sein. Das versprochene Programm der sozialen Teilhabe der Bundesregierung ist zur Umsetzung zu nutzen, soweit dies möglich ist. Als Grundlage für dieses Konzept ist die Teamarbeit der Berater*innen, mit evtl. ergänzenden Qualifizierungen, wichtig. Der Einsatz von mehr Berater*innen und somit die Senkung der Fallzahlen pro Mitarbeiter*innen ist unabdingbar.

Brandes-Steggewentz weiter: „Besser wäre es darüber hinaus, wenn endlich die Sanktionen im SGB II abgeschafft werden. Leider haben wir hier auf kommunaler Ebene keine Möglichkeiten, aber das Jobcenter könnte deutlich zurückhaltender mit den Sanktionen umgehen. So können wir die tagtägli-

chen Ungerechtigkeiten von Hartz IV auf kommunaler Ebene vielleicht ein wenig abdämpfen.“ (siehe dazu auch **Info auf Seite 2**) Eine Mehrheit im Rat ließ sich leider nicht finden. Immerhin wird aber die Diskussion in der Trägerversammlung des Jobcenters und im Sozialausschuss fortgesetzt—hier werden wir weiter daran arbeiten, Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen und den Umgang mit Hartz IV Sanktionen zumindest abzumildern.

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung stand nun auch endlich die „**Rahmenvorgabe für die Baulandentwicklung**“ auf der Tagesordnung. Dahinter stecken die Vorgaben, die die Stadt künftig Investoren bei der Wohnbebauung gibt. Also beispielsweise, welche energetischen Standards eingehalten werden müssen und wie groß der Anteil von kostengünstigen Wohnungen sein muss. Ein Beschluss über diese Vorgaben wurde bereits hinter geschlossenen Türen im letzten September gefasst. Giesela Brandes-Steggewentz erklärt dazu: „Diesen illegalen Vorgang haben wir damals bei der Kommunalaufsicht angezeigt und nach neun monatigen Hin und Her nun Recht bekommen. Dieses undemokratische Vorgehen geht gar nicht.“

Eine breite öffentliche Diskussion über Wohnraum und die Vorgaben an private Immobilienhaie war aber auch in dieser Sitzung wieder unerwünscht. Unsere Fraktion hatte einen [Änderungsantrag](#) eingebracht, den wir in dieser Form bereits im letzten September gestellt hatten. Über die einzelnen Punkte fand keine Aussprache statt und die Ratsmehrheit bestätigte die Vorgaben der Verwaltung wieder einmal.

Brandes-Steggewentz: „Mit diesen Vorgaben werden wir die Probleme nicht geregelt bekommen. Wir brauchen endlich die kommunale Wohnungsbaugesellschaft oder -genossenschaft und deutlich höhere Quoten für bezahlbaren Wohnraum. Glücklicherweise hat die Osnabrücker Zivilgesellschaft die Probleme besser erkannt als die Ratsmehrheit und bereitet ein Bürgerbegehren zur Gründung einer kommunalen Gesellschaft vor—unsere Unterstützung habt ihr!“

—> Fortsetzung auf Seite 2

Rückblick Juni-Sitzung

(Fortsetzung)

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung war die **Erhebung von KiTa-Beiträgen ab der achten Betreuungsstunde**. Ab dem 01. August 2018 haben Eltern in Niedersachsen nun den Anspruch auf acht Stunden kostenfreie Betreuung. Die Verwaltung hatte bereits im Jugendhilfeausschuss ihren Vorschlag vorgelegt, Eltern für die Betreuung über acht Stunden hinaus weiterhin bezahlen zu lassen.

Heidi Reichinnek dazu: „Dagegen sprechen wir uns als LINKE. deutlich aus und haben einen [Änderungsantrag](#) eingebracht, der die Beitragsfreiheit auch über acht Stunden hinaus vorsieht. Eine Beitragserhebung wäre eine zusätzliche Belastung für Familien und würde vor allem Geringverdienende und Alleinerziehende treffen. Es ist zu befürchten, dass Eltern somit in Teilzeitbeschäftigung gedrängt werden, was wiederum die klassische Rollenverteilung begünstigen würde. Acht Stunden sind ja in der Regel nur die reine Arbeitszeit—wir müssen hier auch den Arbeitsweg berücksichtigen. Der Verzicht auf KiTa-Beiträge ab der achten Stunde würde uns als Stadt rund 180.000 € kosten—das sollten uns die Familien wert sein!“

Infos zu ALG II Sanktionen im Jobcenter Osnabrück

Unsere Fraktion hatte sich in der letzten Ratssitzung für eine langfristig orientierte Strategie zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ausgesprochen. In unserem Antrag dazu ging es unter anderem auch um einen zurückhaltenden Umgang des Jobcenters mit Sanktionen. Im Niedersächsischen Vergleich liegt das Jobcenter Osnabrück über dem Durchschnitt.

Ein Blick auf die Sanktionsquote zeigt dies deutlich:

| | Sanktionsquote | Sanktionsquote für unter 25 Jährige |
|---------------|----------------|-------------------------------------|
| Osnabrück | 5,8 | 14,0 |
| Niedersachsen | 4,4 | 8,7 |

Vor allem bei unter 25 Jährigen liegt die Sanktionsquote weit über dem Niedersächsischen Durchschnitt.

Auch bei der Höhe der Leistungskürzungen trifft es unter 25 Jährige im Jobcenter Osnabrück deutlich härter als im Landesvergleich:

| | Leistungskürzungen in % | Leistungskürzungen in % (unter 25 Jährige) |
|---------------|-------------------------|--|
| Osnabrück | 20,8 | 35,0 |
| Niedersachsen | 19,6 | 27,6 |

Als Hauptgrund für Sanktionen gilt das „Meldeversäumnis beim Träger“. In der Stadt Osnabrück war dies bei fast 80 % der Sanktionen als Grund angegeben—auch hier 2,55 %-Punkte über dem niedersächsischen Schnitt.

Giesela Brandes-Steggewentz dazu: „Ein Vergleich mit dem Landesdurchschnitt macht

deutlich, dass Spielräume vorhanden sind, um mit den Sanktionen zurückhaltender umzugehen. So könnten wir vor Ort die Ungerechtigkeiten ein wenig abdämpfen, während wir uns auf Bundesebene für einen grundsätzlichen Wechsel in der Sozialpolitik durch die Abschaffung von Hartz IV einsetzen!“

Unsere Fraktion im Bundestag hatte Anfang Juni eine öffentliche Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales initiiert. Mehr Infos dazu gibt es hier: <https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/bewegung-gegen-hartz-iv/>

Hier noch weitere interessante Links zum Thema:

[Link 1](#) [Link 2](#) [Link 3](#) [Link 4](#)

Für uns im Rat

Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)

0152/56750888

Heidi Reichinnek

0170/4060502

Fraktionsgeschäftsstelle

Anke Kuhn und Lars Wöllecke

Zimmer 19, Bierstraße 29/31

Öffnungszeiten:

Mo., Di. u. Do.: 09:00-14:00

Telefon:

0541/323 4595

eMail:

linksfraktion@osnabrueck.de

Online:

Website: linksfraktion-os.de

Twitter: [@linksfraktionos](https://twitter.com/linksfraktionos)

Facebook: [Fraktion DIE LINKE Osnabrück](https://www.facebook.com/Fraktion-DIE-LINKE-Osnabrueck)